



Presseinformation

Aktuelle Studie: Bürger befürworten ein Bedingungsloses Grundeinkommen Ein Grundeinkommen fördert die Arbeitsbereitschaft

Berlin, 5. November 2010. Die Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung, Innsbruck, hat erstmals mehr als 2.000 Bürger zur Akzeptanz eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) befragt. Die heute in Berlin veröffentlichte Studie zeigt: Jeder Zweite kennt die Grundeinkommens-Idee und die Bürger stehen dem Grundeinkommen positiv gegenüber. Über die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen berät der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags am Montag, 8. November, in einer öffentlichen Sitzung.

Die Thematik eines Grundeinkommens, Bürgergeldes oder einer Mindestsicherung ist 50 Prozent der Deutschen bekannt. Davon kennen 75 Prozent der Befragten insbesondere das BGE und 70 Prozent haben die mediale Diskussion dazu verfolgt. Die Deutschen stehen dem Bedingungslosen Grundeinkommen positiv gegenüber. Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es zwar deutliche Unterschiede, doch lediglich die Gruppe der selbstständig Erwerbstätigen steht der Idee neutral gegenüber. Außerdem hätte seine Zahlung keinen Einfluss auf ihre Arbeitsbereitschaft. Ganze 72 Prozent der aktuell Erwerbstätigen würden sogar unabhängig davon in gleichem Maße weiterarbeiten wollen.

„Die Bedenken, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen die Deutschen zum Nichtstun verführt, ist völlig unbegründet“, sagt Prof. Dr. Friedrich Schneider, Studienleiter und Professor von der Johannes-Kepler-Universität Linz. „Im Bevölkerungsdurchschnitt planen die Deutschen sogar 2,4 Wochenstunden mehr zu arbeiten als vorher“, sagt dieser weiter.

„Die Studienergebnisse sind eindeutig. Politiker dürfen nicht weiter in ihrem Gedankengefängnis verharren und meinen, die Arbeitsmotivation der Bürger sinke ohne Gängelung, Stigmatisierung und Ausgrenzung durch Hartz-IV“, sagt Prof. Götz W. Werner, Gründer von dm-drogerie markt sowie der Initiative Unternimm-die-Zukunft, der die Studie gefördert hat.

Zur Studie

Dies sind Fragen einer repräsentativen Umfrage unter mehr als 2.000 Bundesbürgern, die IMAS International im Auftrag der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH im Mai 2010 durchgeführt hat. Dabei sollte die Einstellung der Deutschen hinsichtlich folgender Aussagen beleuchtet werden:

- Welchen Stellenwert besitzt Arbeit heute?
- Wie stehen die Bürgerinnen und Bürger einem Bedingungslosen Grundeinkommen gegenüber?
- Mit welchen Veränderungen ist hinsichtlich des Arbeitsangebots nach Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu rechnen?
- Ist eine Verschlankung des staatlichen Verwaltungsapparates wünschenswert?

Die kompletten Studienergebnisse können Sie unter http://www.unternimm-die-zukunft.de/Ausgewaehlte_Texte/BGE_Brosch_5-11-2010.pdf herunterladen.



Hintergrund

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist ein sozialpolitisches Finanzierungsmodell, nach dem jeder Bundesbürger von Geburt an eine monatliche Zahlung erhalten soll – und zwar unabhängig von seinem Alter, Einkommen oder Beschäftigungsstatus. Die Höhe soll so bemessen sein, dass es nicht nur die reine Existenz absichert, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Das Bedingungslose Grundeinkommen führt sämtliche bisherigen Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente, Ausbildungsförderung oder Kindergeld zusammen. Da es außerdem bedingungslos ausbezahlt würde, also ohne eine vorherige Antragstellung und Prüfung, macht es den aktuellen staatlichen Verwaltungsapparat weitestgehend überflüssig.

Die Petition zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens zeigt, wie groß das öffentliche Interesse für das Grundeinkommen ist. Anfang 2009 hatten mehr als 50.000 Bürger die Petition gezeichnet, der Ansturm hatte zeitweise die Server des Deutschen Bundestags lahmgelegt. Die Plätze für die öffentliche Ausschusssitzung am Montag, 8. November, waren binnen weniger Stunden ausgebucht, auch nachdem die Anhörung in größere Räume verlegt wurde.

Die Sitzung wird im Internet auf www.bundestag.de und im Parlamentsfernsehen live ab 13 Uhr übertragen und anschließend auch im Video-on-Demand-Bereich auf der Internetseite des Bundestags bereitgestellt.

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Friedrich Schneider
Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH
Telefon: +43 (732) 2468-8210
Fax: +43 (732) 2468-8209
E-Mail: Friedrich.Schneider@jku.at

Prof. Götz W. Werner
Unternimm-die-Zukunft
c/o Arthen Kommunikation GmbH
Herbert Arthen
Telefon: (0721) 62514-0
Fax: (0721) 62514-90
E-Mail: h.arthen@arthen-kommunikation.de